



Migration fair gestalten | 12.2017

Willkommenskultur in Deutschland Mehr als nur ein Modewort?

Willkommenskultur ist ein Begriff, der die Migrationsdebatte der letzten Jahre geprägt hat, aber im öffentlichen Verständnis unscharf geblieben ist. Im Kern steht er für eine teilhabeorientierte Einwanderungsgesellschaft. Ein klar umrissener Politikansatz ist notwendig, um auf diesem Weg konsequent weiterzugehen.

Deutschland ist ein Einwanderungsland: Gastarbeiter, Aussiedler, ausländische Studierende und Fachkräfte, Familiennachzug, EU-Binnenmobilität und Flucht-migration haben in den letzten Jahrzehnten dazu geführt, dass die Bevölkerung Deutschlands ethnisch vielfältiger geworden ist: Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund beträgt derzeit 21,5 Prozent. Die Politik hat – wenn auch zeitverzögert – reagiert und in den letzten Jahren schrittweise Einbürgerung, Sprachvermittlung und Erwerbs- sowie Ausbildungseinwanderung gesetzlich neu geregelt. Dies sind notwendige Grundlagen für eine funktionierende Migrations- und Integrationspolitik, um der Realität einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft gerecht zu

werden. Das Vorhandensein dieser Grundlagen ist aber nicht gleichbedeutend mit der gesellschaftlichen Akzeptanz von Migranten und ihrer uneingeschränkten Teilhabe. Damit Migrationspolitik in ihrer Gesamtheit erfolgreich ist, muss Vielfalt aktiv gestaltet werden – mit dem Ziel, ein konfliktfreies, selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Bürger zu erreichen. Eine starke Willkommenskultur kann für eben diese positive Gestaltung von Vielfalt stehen – wenn sie denn mehr sein soll als nur eine Worthülse in der politischen Auseinandersetzung.

Der Begriff Willkommenskultur ist schillernd und wird in Deutschland je nach Debattenlage unterschiedlich verwendet oder verstanden. Im Folgenden soll der Begriff zunächst konzeptionell geschärft und kontextualisiert werden. Dann wird auf Grundlage empirischer Befunde erörtert, wie stark eine entsprechend konturierte Willkommenskultur ausgeprägt ist. Schließlich werden Vorschläge unterbreitet, wie die Willkommenskultur weiterentwickelt und stärker verankert

Dr. Orkan Kösemen

ist Senior Project Manager im Programm Integration und Bildung der Bertelsmann Stiftung

werden kann, um die gleichberechtigte Teilhabe von Migranten und damit den sozialen Zusammenhalt in Deutschland zu fördern.

Willkommenskultur ist mehr als nur die Forderung nach Integration

Willkommenskultur ist in der deutschen Politik und Wissenschaft ein recht neuer Begriff. Das liegt auch daran, dass es ihn so im englischsprachigen Raum nicht gibt. Dort verwendet man Begriffe wie (*cultural pluralism* oder *multiculturalism*), wenn es um soziale Integration und gesellschaftliche Vielfalt geht. Die Migrationsdebatten im angloamerikanischen Raum sind der natürliche Orientierungspunkt für Begrifflichkeiten aufgrund der längeren Einwanderertradition und damit auch der intensiveren Reflexion darüber in diesen Ländern. Während dort aber diese Begriffe für ausdifferenzierte und positiv konnotierte Vielfaltskonzepte stehen, wurden sie in Deutschland im Kontext tatsächlicher und angeblicher Integrationsdefizite thematisiert. Spätestens nach der polarisierten Debatte um den Multikulturalismusbegriff in den 1990er-Jahren war dieser hierzulande politisch und in Teilen auch akademisch verbrannt (vgl. Kymlicka 2014).

Die „Karriere“ des Begriffs Willkommenskultur begann in den Nullerjahren, als die Öffentlichkeit durch die Politik mit der Erkenntnis konfrontiert wurde, dass Integration keine „Einbahnstraße“ ist. Gemeint war damit vor allem, dass die Integrationsanstrengung von Einwanderern und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen erbracht werden muss, obwohl die genauen Details hierfür weiterhin unscharf blieben.

Die Idee einer Willkommenskultur ist letztendlich ein politisches Projekt, das die deutsche Gesellschaft zu mehr Offenheit und Akzeptanz von Vielfalt bewegen soll, nachdem jahrzehntelang propagiert wurde, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die Bezeichnung „politisches Projekt“ ist nicht als Vorwurf zu verstehen, sondern als Erklärung, warum der Begriff Willkommenskultur teilweise als reine Rhetorik in der politischen Arena wahrgenommen wird. Parallel dazu existiert eine Willkommensbewegung auf Graswurzelebene, die sich in der Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und nichtstaatlichen Organisationen gegenüber Flüchtlingen gezeigt hat. Zwischen diesen beiden Facetten der deutschen Willkommenskultur (top-down und bottom-up) existiert noch keine konzeptuelle Verbindung, die in eine krisenfeste teilhabeorientierte Gesamtbewegung führen könnte. (Heckmann 2014: 47; Bade 2017: 584)

In ihrer wissenschaftlichen Definition bedeutet Willkommenskultur eine Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Migranten auf individueller, organisatorischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene. Diese Willkommens- und Anerkennungskultur manifestiert sich in einem positiven Umgang in formalrechtlichen Regelungen, institutionellen Rahmenbedingungen und lebensweltlichen sowie sozialen Praktiken und zielt auf die Teilhabe und Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund (vgl. Heckmann 2012). Willkommenskultur in diesem umfassenden Sinn bezieht sich somit nicht nur auf Neuankömmlinge, sondern auch auf in Deutschland aufgewachsene Personen mit ausländischen Wurzeln.

Das in dieser Definition formulierte Ziel ist wichtig, weil es den Kern von Willkommenskultur jenseits ökonomischer Argumente („Fachkräfte“) und humanitärer Hilfsbereitschaft („Flüchtlinge“) verdeutlicht: die Verschiebung von „Integration“ zu „Inklusion“, also von der einseitigen Anpassung zur gleichberechtigten Teilhabe. Es geht letztendlich um den Abbau sozialer Teilhabehürden mit der Absicht, gesellschaftlichen Zusammenhalt in einer vielfältigen Bevölkerung herzustellen. Ein Ziel, das eigentlich auch lösungsorientierten Migrations skeptikern ein Anliegen sein müsste, denn ohne Teilhabe gibt es keine soziale Kohäsion.

Die positive Gestaltung von Vielfalt im Sinne von Willkommenskultur ist ebenso sehr eine gesellschaftlich-kulturelle wie auch institutionelle Aufgabe. In diesem Zusammenhang unterscheidet der kanadische Politikwissenschaftler Will Kymlicka zwischen notwendiger *Hardware* und *Software*, die sich gegenseitig bedingen. Zur *Hardware* gehören z. B. Gesetzgebung, Verfassung und Gerichte, aber auch Schulen und Medien – also die Institutionen, die den gesetzlichen und politischen Raum definieren, in denen sich die Mitglieder der Gesellschaft bewegen. Die *Software* hingegen stellt die kulturellen Gewohnheiten und die öffentliche geistige Haltung dar, die die individuelle Wahrnehmung von Zugehörigkeit und Interaktion formen (Kymlicka 2017). Das bedeutet aber auch, dass eine institutionelle Reform mit dem Ziel, gesellschaftliche Inklusion von Migranten zu erhöhen, ohne einen Wandel des nationalen Selbstverständnisses nicht möglich ist. Erfolgreiche Willkommenskultur benötigt ein neues nationales Narrativ, das Einheimische (ohne und mit ausländischen Wurzeln) sowie Einwanderer in einer vielfältigen Nation verbindet.

Über Willkommenskultur wird öffentlich gestritten

Der Gebrauch des Begriffs „Willkommenskultur“ als Schlagwort in der Politik verkörpert den Paradigmenwechsel von einer generellen Ablehnung staatlich vorangetriebener Einwanderung zu einer selektiven Offenheit, die seit der Jahrhundertwende immer mehr ausgeweitet wurde. Anfänglich bezog sich der Begriff auf die erwünschte Einwanderung von Fachkräften (und Studierenden) und war daher argumentativ stark bedarfsorientiert-ökonomisch aufgeladen. Es sollte die Akzeptanz von Einwanderung und Vielfalt auf Basis des nationalen Eigennutzes gewährleisten.

Seit dem Anstieg der Fluchtmigration steht der Begriff Willkommenskultur stellvertretend für die Aufnahme von Schutzsuchenden in den Jahren 2015–2016. Dies ist nicht verwunderlich, da die Migrationsdebatte der letzten zwei Jahre hauptsächlich über Flüchtlinge geführt wurde und die anderen Einwanderungspfade in den Hintergrund rückten. Gleichzeitig gerät der Begriff Willkommenskultur immer mehr unter Beschuss von Migrations skeptikern, weil er für eine generelle Offenheit und Akzeptanz von Vielfalt steht. Es geht hierbei um die mediale Deutungshoheit, welche Art von Migrationsverständnis mehrheitsfähig sein soll und, darauf aufbauend, welche sozialen und politischen Rechte die unterschiedlichen Migrantengruppen erhalten sollen. Zeitungsartikel, die sowohl das Wort Willkommenskultur als auch Aussagen wie „Wir schaffen das“ und „Der Islam gehört zu Deutschland“ frontal angreifen, stellen Versuche dar, die Idee einer inklusiven Willkommenskultur politisch zu delegitimieren. Dazu gehört auch die Unterstellung, Willkommenskultur sei gleichbedeutend mit offenen Grenzen ohne Einwanderungssteuerung, was nicht stimmt.

Diese Konfliktlinie ist nicht ohne Widersprüche: Auf der einen Seite bleibt die Idee einer Willkommenskultur anfällig gegenüber kulturalistisch argumentierender Kritik, solange sie nicht mit einem Gesellschaftsentwurf unterfüttert wird und daher inhaltsleer bleibt. Für die Befürworter des Projekts Willkommenskultur haben Nützlichkeitsabwägungen einen hohen Stellenwert. Das ist legitim, weil der grundsätzliche Treiber von Migration nach wie vor ökonomische Überlegungen sind (sowohl für Einwanderer als auch für Aufnahmeländer). Das Projekt verliert jedoch an Glaubwürdigkeit, wenn seine Vorteile abstrakt bleiben, z. B. für die Demographie und das Wirtschaftswachstum, während es sich von der Lebenswelt der breiten Bevölkerung entfernt, weil es die Veränderungen in deren Umfeld nicht ausreichend berücksichtigt (Heckmann 2014:48–49).

Auf der anderen Seite sind auch die Befürworter der Willkommenskultur nicht frei von Mustern kulturspezifischer Inklusion und Exklusion bestimmter Migrantengruppen, obwohl eine inklusive Willkommenskultur universell gelten sollte. So fehlt z. B. bei hoch qualifizierten Einwanderern jegliche Debatte um Integration, Niedrigqualifizierte werden jedoch aufgrund von Kulturkategorien bewertet, unabhängig davon, ob sie zutreffen oder nicht (Faist und Ulbricht 2015: 198–199). Dadurch wird der Integrationspfad von Migranten durch die Bewertungsmuster mitbestimmt, mit denen die Gesellschaft die einzelnen Migrantengruppen kategorisiert und entsprechend behandelt (also die oben erwähnte *Software* von Willkommenskultur). Das heißt: Die Integrationsleistung einer Migrantengruppe hängt auch davon ab, wie sie von der Gesellschaft wahrgenommen und behandelt wird. Hierbei gleichen die in der Bevölkerung vorhandenen Bewertungsmuster den Argumenten aus der Migrationsdebatte, nämlich der ökonomischen Nützlichkeit und der sozio-kulturellen Akzeptanz (Faist 2017).

Eine auf Teilhabe zielende Willkommenskultur will die Wahrnehmungsmuster und die Akzeptanz von Andersartigkeit innerhalb der Gesellschaft so verändern, dass allen Personen mit ausländischen Wurzeln unabhängig von Schicht und Religion der Integrationspfad hin zur Inklusion eröffnet wird. Für den sozialen Zusammenhalt in einer modernen Einwanderungsgesellschaft reichen der rein funktionale Zugang in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem nicht aus – es muss auch eine vorurteilsfreie Akzeptanz bestehen. Bevölkerungsgruppen, die nur toleriert werden oder Diskriminierungen ausgesetzt sind, stellen sowohl eine Bürde als auch eine verschenkte Chance für die Gesellschaft dar und befeuern Migrationsdebatten, die nur angebliche oder existierende Integrationsdefizite in den Mittelpunkt stellen.

Das bedeutet nicht, dass im Kontext einer inklusiven Willkommenskultur keine Grenzen existieren. Akzeptanz endet dort, wo die Freiheitsrechte anderer verletzt werden. Das Grundgesetz und die gelebten kulturellen Normen stellen den Rahmen dar, in dem die Integrationspfade verwirklicht werden. Öffentliche Debatten sind Teil der Aushandlungsprozesse in einer Gesellschaft, daher sind sie besonders wichtig. Diese Prozesse sind nicht konfliktfrei, sie dürfen aber nicht verletzend geführt werden und die roten Linien einer Gesellschaft müssen klar artikuliert sein. Das Ziel von Migrationsdebatten sollte sein, gemeinsame Wege zu mehr Inklusion zu finden statt bestimmte Migrantengruppen auszugrenzen.

Die Willkommenskultur in Deutschland gilt nicht für alle gleichermaßen

Es ist unbestritten, dass die Offenheit für Migranten in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsen ist und die Willkommenskultur in diesem Sinn große Fortschritte gemacht hat. Dieser Sprung nach vorne resultierte hauptsächlich aus der Normalität des alltäglichen Zusammenlebens mit der wachsenden ethnischen Vielfalt in den urbanen Zentren und bevölkerungsreichen Regionen sowie dem damit verbundenen Handlungsbedarf auf kommunaler Ebene. Dazu kam ein politischer Zeitgeist auf Bundesebene, der den migrationspolitischen Stillstand des vergangenen Jahrhunderts überwinden wollte. Die Reform des Staatsbürgerrechts, das Zuwanderungsgesetz, die Integrationsgipfel und die Islamkonferenz der Bundesregierung und auch die Öffnung für neue Erwerbsmigration zeugen von einer starken Dynamik. Diese Entwicklung verlief aber nie geradlinig, sondern unterlag einer gesellschaftlichen Unsicherheit und dem Wunsch nach öffentlicher Selbstvergewisserung, die in regelmäßig aufkommenden Migrationsdebatten mündete. Letztendlich liegen die Gründe für die steigende gesellschaftliche Akzeptanz von Vielfalt daher eher in soziologischen Prozessen des Zusammenlebens als in einer überlegten und geplanten Integrations- und Migrationspolitik.

In diesem Kontext sind Bevölkerungsumfragen zu Integration und Migration empirische Belege für die neue Offenheit in Deutschland. Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von Anfang 2017 zum Thema Willkommenskultur (die in ähnlicher

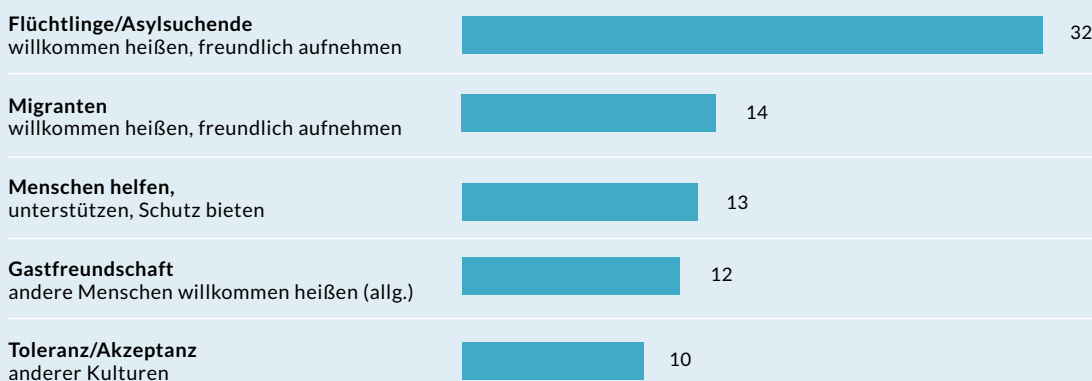
Form bereits 2011, 2012 und 2015 erhoben worden war) zeigen, dass diese Offenheit in der Bevölkerung aufgrund der Fluchtmigration in 2015/2016 nicht eingebrochen ist, sondern mit einer leichten Abnahme auf hohem Niveau stabil bleibt. Auch wenn der Begriff Willkommenskultur inzwischen sehr stark in Verbindung mit Flüchtlingen und Asyl gebracht wird, unterschieden die Befragten zwischen Flüchtlingen und Erwerbsmigranten und waren sich bewusst, dass unterschiedliche Migrantengruppen unterschiedlich behandelt werden.

So kannten 72 Prozent der Befragten den Begriff Willkommenskultur und assoziierten ihn am häufigsten mit positiven Elementen von Akzeptanz und Hilfsbereitschaft. Knapp jeder Zehnte (neun Prozent) äußerte sich kritisch zu dem Begriff (Abbildung 1, Mehrfachnennung möglich).

Bei der Frage, ob Erwerbsmigranten und Flüchtlinge in Deutschland in staatlichen Stellen und in der Bevölkerung willkommen geheißen werden, ist die Einschätzung der Befragten ebenfalls größtenteils positiv: Sie liegt bei 70 bis 77 Prozent, nur die Einschätzung der Willkommenskultur in der Bevölkerung gegenüber Flüchtlingen wird mit 59 Prozent schlechter bewertet (Abbildung 2).

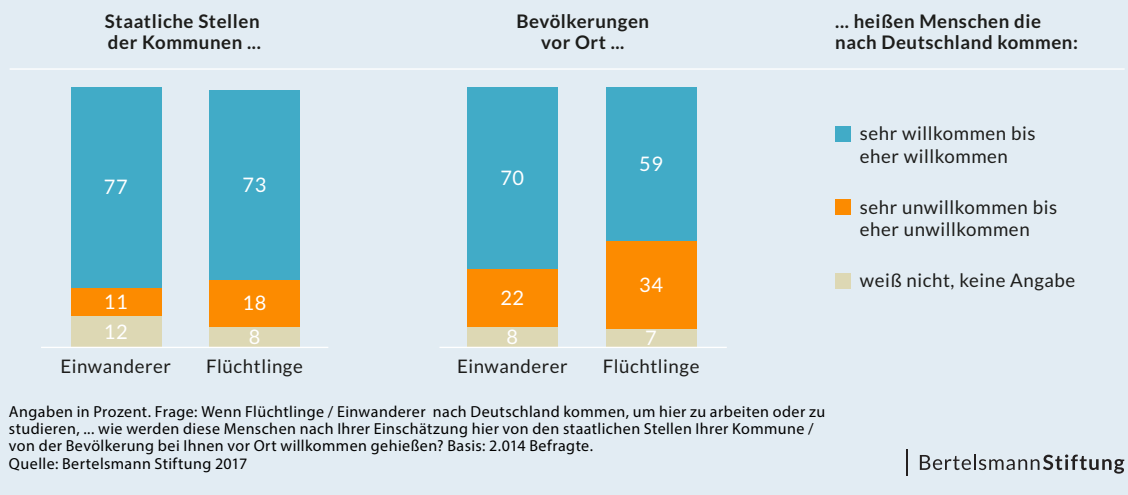
Eine Trendänderung, ohne dass eine völlige Abkehr stattgefunden hat, wird auch bei der Frage deutlich, ob kulturelle Vielfalt als Bereicherung oder Problem empfunden wird. Sahen 2011 noch 78 Prozent der Befragten kulturelle Vielfalt (eher) als Bereicherung, ist der Wert 2017 um sechs Prozent niedriger.

ABBILDUNG 1 Fünf häufigste Assoziationen zum Begriff Willkommenskultur



Dargestellt: die fünf meistgenannten spontanen Assoziationen zum Begriff in Prozent, Mehrfachnennungen möglich
Frage: Was verstehen Sie unter dem Begriff Willkommenskultur?
Basis: 2.014 Befragte, 1.453 Befragte, denen der Begriff Willkommenskultur bekannt ist
Quelle: KantarEmnid 2017

ABBILDUNG 2 Willkommenskultur gegenüber Einwanderern und Flüchtlingen

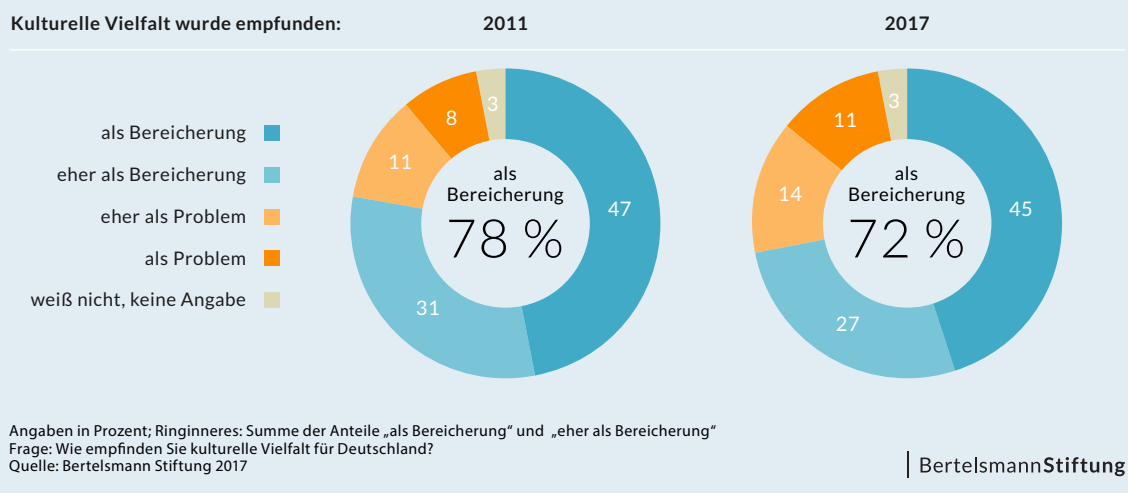


Im Kontext der deutschen Migrationspolitik ist der aktuelle Wert immer noch ausgesprochen positiv, es wird aber deutlich, dass die Fluchtmigration der letzten Jahre und die anschließende öffentliche Debatte darüber die Wahrnehmung von Vielfalt verändert hat (Abbildung 3).

Für eine Bewertung, wie ausgeprägt die Willkommenskultur ist, reicht es aber nicht aus, nur die Wahrnehmung in der Bevölkerung abzufragen. Die alltägliche Umsetzung und institutionelle Regelungen sind ebenfalls wichtige Elemente einer Willkommenskultur (also wie bereits oben erwähnt neben der *Software* auch die *Hardware*).

Für diesen Zweck hat das Europäische Forum für Migrationsstudien den „Vielfaltsmonitor“ entwickelt (vgl. Heckmann u. a. 2017). Der Monitor orientiert sich am Lebensqualitätskonzept des Euro-Parates und misst diese anhand von 34 Indikatoren aus zehn gesellschaftlichen Lebensbereichen (wie z. B. Bildung, Erwerbsleben, Kultur, Politik etc.). Die Indikatorendaten entstammen größtenteils frei zugänglichen Quellen der Jahre 2010 bis 2015. Diese Werte wurden anschließend in Skalenwerte transformiert, um sie miteinander vergleichbar zu machen. So entstand am Ende eine Übersicht des Umgangs mit ethnischer und religiöser Vielfalt aller 16 Bundesländer in Relation zueinander.

ABBILDUNG 3 Kulturelle Vielfalt: Bereicherung oder Problem?



Die Ergebnisse zeigen, dass alle Bundesländer Kompetenzen, Konzepte und Praxiserfahrung im Umgang mit Vielfalt aufweisen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und nicht immer durchgängig. Jedes Bundesland hat Bereiche, in denen es besser oder schlechter abschneidet als die übrigen. Allen Bundesländern ist aber gleich, dass sie Mängel bei den politischen und gesellschaftlichen Mitgestaltungsmöglichkeiten von Migranten aufweisen. Bereits der Migrant Integration Policy Index (MIPEX) von 2015 hatte darauf hingewiesen, dass Deutschland die Arbeitsmarktintegration von Einwanderern vergleichsweise sehr gut gelingt, die gesellschaftliche Teilhabe aber noch nicht gleichermaßen entwickelt ist.

Typologisch lassen sich vier Gruppen von Bundesländern unterscheiden, die im Durchschnitt ähnliche Indikatorenwerte aufweisen: die großen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik, die europäisierten Grenzregionen im Westen, die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage und die neuen Bundesländer (Abbildung 4). Die aktuelle Ausprägung von Willkommenskultur in den einzelnen Bundesländern erweist sich damit abhängig vom historischen Entwicklungspfad (soziodemographische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, zeitliche Entstehung und räumliche Verteilung der Einwanderung). Darüber hinaus zeigt sich ein Zusammenhang zwischen den sozio-ökonomischen Daten eines Bundeslandes und dem Umgang bzw. der Wahrnehmung von Vielfalt. Also: Gute Sozialpolitik ist der Schlüssel zur Willkommenskultur, die aber erst mit politischen Teilhabemöglichkeiten von Migranten vollendet wird. Hier schließt sich der Kreis wieder, weil eine erfolgreiche Willkommenskultur Inklusion und den Kampf gegen Ausgrenzung zum Ziel hat.

Zusammengenommen bedeutet dies: Willkommenskultur kann gelernt und gestaltet werden – es braucht jedoch Zeit und die Bereitschaft, mit der Herausforderung Vielfalt produktiv umzugehen. Hierbei sind besonders die unterschiedlichen historischen und regionalen Selbstbilder von Bedeutung, die diesen Prozess begünstigen oder erschweren. Denn von ihnen ist es auch abhängig, ob die Bevölkerung die Benachteiligung von Migranten toleriert oder kulturelle Uniformität für erstrebenswert hält.

Ein Politikentwurf – Wie kann eine Willkommenskultur verankert werden?

Eine starke Willkommenskultur mit dem Ziel, das Zusammenleben in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft erfolgreich zu gestalten, muss

- inklusiv sein, also zum Ziel haben, Benachteiligung und Teilhabedefizite für jede Person abzubauen,
- universell gelten, also für jede Person unabhängig von ethnischer Herkunft, Religion, Schicht und Einwanderungspfad, und
- sich im Einklang mit der nationalen (bzw. regionalen) Identität befinden, also eine verbindende Idee der Zugehörigkeit darstellen, mit der sich die Mehrheit der Bevölkerung identifizieren kann.

Die gegenwärtige *Hard-* und *Software* der deutschen Willkommenskultur erfüllt nur in Teilen diese Anforderungen: Denn Vielfalt wird nicht aktiv im Namen

ABBILDUNG 4 Vier Gruppen von Bundesländern mit ähnlichen Befunden beim Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt



- ① { Die großen Flächenstaaten der alten Bundesrepublik
- ② { Die europäisierten alten Bundesländer in Grenzregionen
- ③ { Die Stadtstaaten mit herausfordernder Wirtschaftslage
- ④ { Die neuen Bundesländer

Quelle: Heckmann u.a. 2014
www.vielfaltsmonitor.de

| BertelsmannStiftung

der Gesamtbevölkerung gestaltet, sondern dort, wo sie auftritt, lösungsorientiert „gemanaged“. Stattdessen sollten Zugehörigkeit und Wohlergehen für alle, unabhängig von ihrer Herkunft, in den Vordergrund rücken: also die Ausweitung auf die gesamte Bevölkerung, gemäß regionaler Unterschiede und Befindlichkeiten, um Akzeptanz herzustellen. So stünde in bevölkerungsarmen Gegenden der Wunsch nach mehr Zuzug aus anderen Regionen im Vordergrund, in urbanen Zentren die Fachkräfteentwicklung und in Gegenden mit größerem Migrantenanteil der soziale Zusammenhalt.

Die entsprechende *Software* hierfür bedarf gesellschaftlicher Anstrengungen, insbesondere der Weiterentwicklung des nationalen Selbstbilds mit neuen Elementen, die der Vielfalt der Landesbevölkerung und -geschichte entsprechen. Migrantische Aspekte sind hierbei ebenso von Bedeutung wie ostdeutsche Erfahrungen oder die Geschichte von Aussiedlern. Dieses neue inklusive Selbstbild sollte Antwort auf die Frage sein: Was für eine Gesellschaft wollen wir sein, können wir unsere Anliegen einbringen, nehmen wir die Anliegen anderer Gruppen wahr und was ist unser gemeinsames Ziel über alle Unterschiede hinweg?

Die *Hardware* sorgt mit Institutionen, Regelungen und gesellschaftlichen Zugängen dafür, dass Zugehörigkeit und Gleichbehandlung im Alltag spürbar wird: Dazu gehören z. B. der Ausbau von Anti-Diskriminierungsmaßnahmen, Ausländerbehörden, die sich als Dienstleister verstehen, Willkommenszentren für alle neu Zugezogenen, aber auch symbolische Handlungen wie Einbürgerungsfeiern. Darüber hinaus ist die Sichtbarkeit von Vielfalt in allen relevanten Gesellschaftsbereichen wie Behörden, dem Bildungssektor oder der Politik wichtig, sowie Regelungen, die die unvoreingenommene Rekrutierung in diese Systeme gewährleisten.

Die Etablierung einer ernstgemeinten Willkommenskultur bedeutet einen Perspektivwechsel in unserem Blick auf Migration, Einwanderer und Gesellschaft. Sie ist kein Selbstläufer und es gibt keinen Automatismus, bei dem sich Erfolg allein durch administrative Maßnahmen wie Sprachkurse oder Einbürgerungstests einstellt. Willkommenskultur erfordert ständige Anstrengung, auch in Form öffentlicher Aushandlungsprozesse. Ein Großteil der Maßnahmen, die auf eine Willkommenskultur einzahlen, findet auf kommunaler Ebene statt und ist abhängig vom lokalen Kontext. Diese Anstrengungen sind notwendig, um Teilhabe und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft zu stärken – sie sind es letztendlich wert.

Auf einen Blick

Das Konzept Willkommenskultur stellt einen Paradigmenwechsel in der deutschen Migrationspolitik dar – von der Abwehr von Einwanderung hin zu mehr Offenheit.

Willkommenskultur bedeutet eine Grundhaltung der Offenheit und Akzeptanz gegenüber Migranten auf individueller, organisatorischer und gesamtgesellschaftlicher Ebene.

Ein Großteil der Bevölkerung kennt den Begriff Willkommenskultur, assoziiert ihn positiv und ist prinzipiell offen für Vielfalt.

Der Willkommenskultur in Deutschland fehlt eine inklusive Erzählung, die alle Bevölkerungsgruppen repräsentiert.

Die Bevölkerung unterscheidet zwischen einzelnen Einwanderergruppen und legt bei ihrer Akzeptanz verschiedene Maßstäbe an (ökonomische Nützlichkeit und sozio-kulturelle Akzeptanz).

Die Willkommenskultur in den einzelnen Bundesländern unterscheidet sich stark und ist abhängig von der historischen Entwicklung und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Eine inklusive Sozialpolitik führt zu Erfolgen bei der Willkommenskultur und fördert erfolgreiche Integrationsverläufe.

Quellen

Bade, Klaus J. (2017). Migration, Flucht, Integration. 2017. Osnabrück.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012). Willkommenskultur in Deutschland. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015). Willkommenskultur in Deutschland – Entwicklungen und Herausforderungen. Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2017). Willkommenskultur im Stresstest – Einstellungen in der Bevölkerung 2017 und Entwicklungen und Trends seit 2011/2012. Gütersloh.

Faist, Thomas (2017). „Integration als Inklusion“. Präsentation auf der Fachtagung „Einwanderungsstadt Bielefeld“. 7.9.2017. Bielefeld.

Faist, Thomas, und Christian Ulbricht (2015). „Constituting National Identity through Transnationality“. Fear, Anxiety and National Identity. Hrsg. Nancy Foner. New York.

Heckmann, Friedrich, Wolfgang Bosswick und Susanne Bartig (2017). Vielfaltsmonitor – Studie zum Umgang mit ethnischer und religiöser Vielfalt in Deutschland. Bamberg. (www.vielfaltsmonitor.de)

Heckmann, Friedrich (2014). „Ein neuer Ton im migrationspolitischen Diskurs“. Vielfältiges Deutschland – Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Heckmann, Friedrich (2012). „Willkommenskultur was ist das, und wie kann sie entstehen und entwickelt werden?“. efmt paper 2012-7. Bamberg.

KantarEmnid (Hrsg.) (2017). Willkommenskultur in Deutschland – Ergebnisbericht für die Bertelsmann Stiftung. 2-2017. Bielefeld.

Kymlicka, Will (2017). The Hardware and Software of Pluralism. Kingston/Toronto.

Kymlicka, Will (2014). „Multikulturalismus: Erfolg, Scheitern und Perspektiven“. Vielfältiges Deutschland – Bausteine für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Hrsg. Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.

Migrant Integration Policy Index 2015. www.mipex.eu/germany

Roth, Roland (2014). Willkommens- und Anerkennungskultur in Deutschland – Herausforderungen und Lösungsansätze. Gütersloh.

Impressum

© Dezember 2017

Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

www.bertelsmann-stiftung.de

Autor:

Dr. Orkan Kösemen

Senior Project Manager

Programm Integration und Bildung

Telefon +49 5241 81-81429

orkan.koesemen@bertelsmann-stiftung.de

Lektorat: Lektorat: Sibylle Reiter

Gestaltung: werkzwei Detmold

Titelfoto: Shutterstock / tomeru